

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und

alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wochentlich nachmittags um 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.80 RM. Im Vorverkauf 2.40 RM. Einzelhefte zu 1.00 RM. Die Abonnenten sind für die Zahlung der Steuern zu berücksichtigen. Die Anzeigenpreise sind auf der letzten Seite des Blattes zu ersehen. Die Abnahme der Anzeigen erfolgt durch den Verlag. Die Anzeigen sind vor dem Abend des Erscheinens zu bringen. Die Abnahme der Anzeigen erfolgt durch den Verlag. Die Anzeigen sind vor dem Abend des Erscheinens zu bringen.

Angabe der Anzeigenpreise sind auf der letzten Seite des Blattes zu ersehen. Die Abnahme der Anzeigen erfolgt durch den Verlag. Die Anzeigen sind vor dem Abend des Erscheinens zu bringen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Riesa sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 271 - 95. Jahrgang

Trabantenstr. 2, Wilsdruff

Wilsdruff-Dresden

Polstisch: Dresden 2640

Freitag, den 20. November 1936

„Wir sind die Realisten des Friedens!“

Dr. Goebbels über die deutsch-belgischen Beziehungen.

In einer Unterredung mit einem belgischen Journalisten hat Reichsminister Dr. Goebbels sich über die deutsch-belgischen Beziehungen geäußert. Auf die an ihn gerichteten Fragen antwortete Dr. Goebbels u. a.: „Ich kenne sehr wohl Belgien und die belgische Bevölkerung, weil ich aus der benachbarten Gegend komme. Ich weiß, daß es nach dem Kriege Reibungspunkte zwischen uns beiden Völkern gegeben hat; aber ich weiß, daß diese Punkte mehr und mehr in den Hintergrund getreten sind gegenüber den großen Aufgaben, die diese beiden Völker verwirklichen müssen und verwirklichen müssen. Eine dieser wesentlichen Aufgaben scheint mir die zu sein, sich gegen die subversiven Elemente zu verteidigen, die dabei sind, Europa zu untergraben und es zum Untergang zu bringen. Ich habe den Mut, sie beim Namen zu nennen: die Gefahr des Moskauer Bolschewismus. Wir Nationalsozialisten haben uns mit Erfolg dieser Gefahr entgegengestellt, wir haben den Kommunismus zu Boden geworfen; aber ich muß mit einer sehr großen Sorge der Entwicklung entgegensehen, die diese Bewegung, die Spanien kreuzigt und die geistige Schicht vernichtet, in anderen Ländern nimmt.

Mit dem realistischen Geist aber, der das belgische Volk auszeichnet, hat Belgien die Gefahr begriffen, die der Kommunismus für den Frieden und die Zivilisation darstellt.

Ich bin nicht so naiv, zu glauben, daß die Neuaufrichtung der Außenpolitik, die sich soeben in Belgien vollzogen hat, um unserer schönen Augen willen geschehen ist. Nur eine dumme Regierung kann Initiativen im Interesse anderer Länder ergreifen; nichtsdestoweniger habe ich mit großer Freude festgestellt, daß das kleine Belgien, das eine große Nation darstellt, nicht gezögert hat, sich aus allen Verbindungen zurückzuziehen, die die Gefahr einschließen, den bolschewistischen Treibern zu dienen.“

Auf die Frage: „Welches sind nach Ihrer Meinung die geeigneten Mittel, um unsere Beziehungen zu verbessern?“, antwortete der Minister:

„Diese Mittel sollten nach meiner Meinung sein, erkenne, sich in aller Offenheit unsere Meinungen über die Reibungspunkte, die noch zwischen uns bestehen, mitzuteilen, zweitens, ein

System kulturellen Austausches

zu organisieren, um eine bessere gegenseitige Verständigung herbeizuführen.“ Frage: „Denken Sie, Herr Minister, an einen kulturellen Austausch in der Art, wie er zwischen Polen und Deutschland besteht?“, antwortete:

„Auf die Frage: „Was hatten Sie von der Her-Bewegung?“, sagte Dr. Goebbels: „Ich habe nicht das Recht, mich in die Innenpolitik anderer Länder zu mischen. Ich habe in dieser Beziehung eine persönliche Meinung; aber meine Eigenschaft als Minister unterlag es mir, sie anzuspüren. Ich stelle lediglich eine Tatsache fest: Wenn ein junger Mann von 30 Jahren eine so starke Bewegung zu entfesseln imstande war, so ist das ein Element, das man beachten muß.“

Auf die Frage: „Sie haben, Herr Minister, von der Reibungspunkten gesprochen, die zwischen uns bestehen; welches sind diese?“, antwortete dann Dr. Goebbels: „Ich denke an die

Frage Copen-Malmedy

Ich habe keineswegs die Absicht, von einer Wiedergabe Copen-Malmedy an Deutschland zu sprechen; aber ich möchte sagen, daß es außerordentlich nützlich wäre, wenn man sich in voller Offenheit über diese Frage unterhielte, um sich über die Art ins Benehmen zu setzen, wie die Bewohner dieser Grenzmark regiert werden müssen, damit sie in ihrer freien kulturellen Entwicklung nicht durch lokale Instanzen, die immer radikaler sind als die Zentralgewalt, behindert werden.“

Die letzte Frage, die der Journalist an Dr. Goebbels stellte, betraf die Behauptung, daß Deutschland Absicht auf den belgischen Kongo habe. Die Antwort hierauf lautete: „Ich kann Ihnen hierauf nur eins antworten, das ist dumm! Zunächst hat Deutschland gar nicht die Möglichkeit, sich der Macht zu bedienen, um den belgischen Kongo zu nehmen, und wenn wir sie hätten, dann würden wir sie nicht gebrauchen. Wir haben erklärt, daß wir unser Ziel nur mit friedlichen Mitteln erreichen wollen. Alles, was wir bisher getan haben, hat sich nur auf uns selbst bezogen; wir haben niemand ein Unrecht zugefügt. Wir haben eine Provinz wiedererobert, die uns gehörte, und wir haben unsere Armee wiederhergestellt, was unser Recht gewesen ist, ein Recht, das auch jedes andere Land hat. Wir haben keinen Grund, einem Lande, das uns nichts getan hat, etwas zu nehmen, das ihm gehört. Wir sind die Realisten des Friedens.“

Anerkennung der Regierung Franco durch Deutschland.

Gleicher Entschluß der italienischen Regierung.

Nachdem die Regierung des General Franco vom größten Teil des spanischen Staatsgebietes Besitz ergriffen hat, und nachdem die Entwicklung in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat, daß in den übrigen Teilen Spaniens von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Regierung des General Franco anzuerkennen und zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Geschäftsträger bei ihr zu bestellen.

Der neue deutsche Geschäftsträger wird sich alsbald an den Sitz der Regierung Franco begeben. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin aus eigenem Entschluß bereits am 18. November verlassen.

Auch aus Rom wird folgende amtliche Mitteilung gemeldet: Nachdem die Regierung des General Franco vom größten Teil Spaniens Besitz ergriffen hat, und nachdem die Entwicklung der Lage immer deutlicher gezeigt hat, daß in den übrigen Teilen Spaniens nicht mehr von einer verantwortlichen Regierungsgewalt gesprochen werden kann, hat die italienische Regierung beschlossen, die Regierung General Franco anzuerkennen und einen Geschäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu entsenden. Der Geschäftsträger wird sich sofort nach Spanien begeben. Der gegenwärtige Geschäftsträger Italiens ist abberufen worden.

zur Klarheit besteht. Im Sinne dieser Politik der Tatkraft hat Deutschland aus der Lage in Spanien die Folgerungen gezogen und jene Kräftegruppe anerkannt, die allein über eine wirkliche Autorität verfügt.

Im „Berliner Volksanzeiger“ heißt es: In der deutschen und italienischen Anerkennung der Regierung Francos kommt zum Ausdruck die Bereitschaft, die seit geraumer Zeit aller Welt vertraut ist. Auf der einen Seite hatten Franco und seine Nationalen den weitaus größten Teil Spaniens unbestritten unter ihrem Regiment, und niemand in der Welt bezweifelt, daß sie in Madrid Fuß gefaßt haben. Auf der anderen Seite ist unmerkbar die wachsende Niederlage und der völlige Zusammenbruch des Bolschewismus und dessen, was sich spanische „Regierung“ nannte und nichts war als der Egelwuschkäse des Hofes Kosenberg. Das Blatt erinnert dann an die Ermordung von Deutschen in Spanien und die Beschlagnahme eines deutschen Verkehrsflugzeuges in Madrid und schreibt dazu: Es gab schlechterdings niemanden, der imstande gewesen wäre, auf die desfalls ergangenen deutschen Proteste zu antworten. Es gab einfach keine spanische Regierung mehr. Sie hatte sich ja selbst aufgegeben. Sie hatte nicht mehr die Kraft, den Vertretern der auswärtigen Mächte einen sicheren Aufenthalt zu bieten, und ihre eigenen Vertreter im Auslande gaben sich und ihre Sache gleichfalls auf. Es war ein staatsrechtliches Vacuum entstanden. Dieses auszufüllen, diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, gab es nur eine Möglichkeit: Die Anerkennung der einzigen wirklichen Macht, die in Spanien sichtbar und wirksam war, d. h. der Regierung Franco. Deutschland und neben ihm Italien haben einem verlogenen Zustand durch die Anerkennung der Wahrheit und Willkür ein Ende gemacht.

Reuter zur Anerkennung.

Reuter London, 18. November. Die Wirkung der Anerkennung der Regierung des General Franco durch Deutschland und Italien auf die Arbeiten des Nicht-Einmischungsausschusses wird in diplomatischen Kreisen Londons eingehend erörtert. In britischen Kreisen wird, wie Reuter erfahren hat, die Frage als rein akademisch angesehen. Der deutsche und der italienische Schritt würden die Politik des Nicht-Einmischungsausschusses kaum ändern. Die Tatsache, daß früher allein die Madrider Regierung anerkannt gewesen sei, sei niemals als Einmischung als solche betrachtet und durch die Erklärung Deutschlands und Italiens werde vom Standpunkt des Nicht-Einmischungsausschusses aus keine neue Lage geschaffen. Diesen Standpunkt werde England wahrscheinlich auch beibehalten, wenn die Sowjets die Angelegenheit vor den Ausschuss bringen sollten; mit anderen Worten, sie würden bei der britischen Regierung keine Unterstützung finden.

Paris und die Anerkennung.

Reuter Paris, 18. November. Die Nachricht von der Anerkennung der Franco-Regierung durch die Reichsregierung und die italienische Regierung hat in Paris, obwohl sie an sich erwartet wurde, insofern überrascht, als man diese Anerkennung erst für den Zeitpunkt voraussah, wo die Truppen des General Franco Madrid eingenommen hätten. Im übrigen ist die Nachricht in Paris im allgemeinen ruhig aufgenommen worden.

Im Spiegel der Berliner Morgenblätter.

Reuter Berlin, 19. November. Die drei Morgenblätter, die als einzige infolge des gestrigen Feiertages erschienen sind, würdigen eingehend die Bedeutung der Anerkennung der Regierung Francos durch Deutschland und Italien.

Unter der Überschrift „notwendige Folgerungen“ schreibt Karl Pfeiffer im „Völkischen Beobachter“ unter anderem: Es ist mit der Würde und den einfachsten nationalen Verpflichtungen einer Regierung nicht zu vereinbaren, wenn sie einem System zur Aufrechterhaltung seiner Anerkennung nach außen hin verhängt, das in Wirklichkeit über keine einzige Voraussetzung zu einer solchen Wertung mehr verfügt. In diese Lage hat sich Deutschland der sogenannten spanischen Regierung Caballero gegenüber verhalten und aus ihr die Folgerungen gezogen, die unserer Meinung nach eine pflichtbewusste Regierung aus ihr ziehen muß. Es gibt eine Grenze der Selbstachtung — wie für jeden Einzelnen, so auch für einen Staat. Diese Grenze ist für Deutschland in dem Augenblick erreicht, wo deutsche Menschen, deutscher Boden und deutsches Eigentum trotz oder gerade wegen ausdrücklicher Kennzeichnung nicht mehr die Behandlung erfahren, die ihnen unserer Auffassung nach zukommen. Deutschland hat seit 1933 seine Politik auf Tatsachen und Wirklichkeiten gegründet in der Überzeugung, damit am besten einer notwendigen Zusammenarbeit zu dienen, die nur gedeihen kann, wenn auf allen Seiten der Wille

Memeler Oberbürgermeister in sein Amt zurückberufen

Der Memeler Oberbürgermeister Dr. Brindlinger ist vom Direktorium des Memelgebietes in sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Memel zurückberufen worden.

Oberbürgermeister Dr. Brindlinger wurde am 11. Juli 1934 von dem damaligen litauischen Direktorium Reichs wegen angeblicher Nichtbeherrschung der litauischen Sprache aus dem Amt entfernt. Als er im September 1935 als Kandidat für den Memelländischen Landtag aufgestellt worden war, wurde ihm der rechtmäßige Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit abgesprochen und er von der Kandidatenliste gestrichen. Auf der letzten Tagung der gemischten deutsch-litauischen Kommission für strittige Staatsangehörigkeitsfragen wurde jedoch die litauische Staatsangehörigkeit Dr. Brindlingers als zu Recht bestehend anerkannt, worauf die Wiederberufung als Oberbürgermeister von Memel durch das jetzige Direktorium erfolgt ist.